



HESSISCHER LANDTAG

20. 09. 2022

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Finanzierung öffentlicher Mobilitätsangebote in Hessen erfordert realistische Unterstützung des Bundes**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Hessen auf vielen Ebenen den Ausbau der Mobilitätsangebote vorantreibt. So verfügt Hessen seit 2018 über eine eigene erfolgreiche Mobilitätsstrategie und sorgt mit diversen Maßnahmen dafür, dass der Umweltverbund fortwährend gestärkt und ausgebaut wird. Für den Ausbau der Schieneninfrastruktur stehen in den nächsten Jahrzehnten 20 Mrd. Euro bereit und es werden zusätzliche Mittel für den Radwegebau an Bundes- und Landesstraßen bereitgestellt.
2. Der Landtag erkennt an, dass die Einführung des 9-Euro-Tickets zu hohen Verkaufszahlen und einer breiteren Nutzung von Bussen und Bahnen geführt hat. Allein der RMV verkaufte über die drei Monate insgesamt 2,3 Mio. 9-Euro-Tickets. Damit wurde erneut bestätigt, dass die Menschen verstärkt auf Busse und Bahnen umsteigen, wenn der Zugang einfacher und erschwinglicher möglich ist. Ziel soll es sein, dass ein attraktiver Nahverkehr qualitativ hochwertig und mit einer engen Taktung ein gutes Fahrangebot liefert. Lösungen, die hier einen langfristigen Erfolg gewährleisten, sind seit vielen Jahren Ziel und Inhalt hessischer Politik. Hessen hat mit der Einführung verschiedener Flatrate-Tickets für Landesbedienstete, Schülerinnen und Schüler, sowie Seniorinnen und Senioren, aufgezeigt, dass entsprechende Modelle der richtige Weg in die Zukunft der öffentlichen Mobilität sind. Hessen ist bei bezahlbaren Flatrate-Tickets Vorreiter in Deutschland und handelt als Arbeitgeber in dieser Hinsicht vorbildlich.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen als Folge der Bahnreform 1996 von den Landkreisen, kreisfreien Städten und bestimmten Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern auf der Grundlage des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr als Selbstverwaltungsaufgabe wahrgenommen werden. Der Bund stellt dabei den Ländern Regionalisierungsmittel als finanziellen Ausgleich bereit, die in Hessen zu 100 % an die Aufgabenträger weitergegeben werden. Der Landtag erkennt an, dass im Jahr 2022 bei den Ausgaben für den Betrieb und Flatrate-Angebote der Anteil an Landesmitteln bei 15 % lag. Erstmals sind mehr als 1 Mrd. Euro an die Verkehrsverbünde geflossen, davon rund 153 Mio. Euro Landesmittel. Hinzu kommen Landesmittel aus dem kommunalen Finanzausgleich mit rund 147,5 Mio. Euro. Zum Vergleich: Im Jahr 2014 waren es 662 Mio. Euro, davon null Euro Landesmittel. Der Landtag begrüßt weiterhin, dass auch die Investitionen in den Infrastrukturausbau kontinuierlich erhöht worden sind. Allein 2021 wurden Vorhaben mit einem Rekordbetrag von rund 196 Mio. Euro gefördert. Davon kamen aus dem Landeshaushalt rund 48,5 Mio. Euro.
4. Der Landtag befürwortet eine Anschlusslösung des 9-Euro-Tickets, damit dauerhaft mehr Bürgerinnen und Bürger auf Busse und Bahnen umsteigen. Hierfür ist eine realistische Finanzierung seitens des Bundes jedoch unausweichlich, um auch dessen Vorstellungen zu einem zukunftsfähigen ÖPNV gerecht werden zu können. Nach dem Grundgesetz sind die Länder im Wege der Aufgabenübertragung für den Schienenpersonennahverkehr verantwortlich und der Bund ist verpflichtet, die Mittel für eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs bereitzustellen. Vorrangig ist dabei eine auskömmliche Finanzierung des Bestandsverkehrs durch die bereitgestellten Bundesmittel. Bedingt durch die erheblichen Preissteigerungen für Energie und Kraftstoffe, ist eine auskömmliche Finanzierung des Bestands mit den derzeit bereitgestellten Bundesmitteln nicht gesichert.

5. Erst wenn der Bund auskömmliche Mittel bereitstellt und die Finanzierung des Bestandsverkehrs gesichert ist, kann in einem zweiten Schritt über die Finanzierung des notwendigen Ausbaus und der Modernisierung sowie über die Nachfolgelösung eines 9-Euro-Tickets diskutiert werden. Um dies zu gewährleisten, muss der Bund schnellstmöglich die im Ampel-Koalitionsvertrag vereinbarte Erhöhung der Regionalisierungsmittel auf den Weg bringen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 20. September 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)